

Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 6. September 2008

118. Jahrgang Nr. 31.683

Sabotage und Vandalismus

Acht Zugwaggons in Brand gesteckt

Buenos Aires (AT/kat) – Am Donnerstagmorgen zur Hauptverkehrszeit haben Pendler sieben Zugwaggons bei der Station Merlo und einen bei der Station Castelar, Großraum Buenos Aires, auf der ehemaligen Sarmiento-Zuglinie in Brand gesteckt. Nachdem der Zug in Merlo für zwei Stunden liegen geblieben sei, seien die Passagiere ausgestiegen, hätten die Gleise blockiert, Feuer gelegt und mit Steinen geworfen. Die verbrannten Waggons seien insgesamt eine Million Pesos wert gewesen. Es bedurfte das gewaltsame Eingreifen von etwa hundert Polizisten mit Tränengas und Gummipatronen, um die Demonstranten zu vertreiben. Acht Personen wurden dabei verletzt und 13 inhaftiert. Justizminister Aníbal Fernández nannte den Vorfall einen durchgeplanten Sabotageakt, die Regierung schiebt die Aktion auf die militante Linke. Die Opposition bezeichnete sie als Protestaktion gegen den schlechten Service des privaten Betreibers Trenes de Buenos Aires (TBA) und der mangelnden Tatkraft des Transportsekretär Ricardo Jaime. Die Regierung solle den Betrieb der Zuglinie übernehmen.



Foto: AP

Brandstifter am Werk? Zerstörte Waggons in Merlo.

Kampf um den Kontinentalschelf

Es winkt das Schwarze Gold

Buenos Aires (AT/kat) – Argentinien will seine Rechte auf das Gebiet um Malwinen und die antarktische Zone vor der UN einfordern. Doch Großbritannien stellt ebenfalls Ansprüche. Worum es dabei geht, ist offensichtlich: um Geld. Denn der Meeresboden könnte reich an natürlichen Ressourcen sein.

Bis Mai 2009 dürfen bei der Convemar (Kommission für Meeresrecht der UN) alle Küstenländer die Erweiterung des zugehörigen Kontinentalschelfs von 200 auf 350 Seemeilen beantragen. Im Zuge dessen dürfen sie dann auch die Nutzung der Ressourcen im Wasser beanspruchen. Und genau darum geht es: wirtschaftliche Interessen. Besonders die Region um Malwinen-Inseln

ist reich an Erdöl, laut Forschungsergebnissen befinden sich dort etwa 60 Millionen Barrel.

Um die Gebiete einfordern zu können, müssen die Länder geologische, geophysische und zahlreiche weitere „geo“-Studien vor der Zulassungskommission der Kontinentalschelfe der UN einreichen. Argentinien sieht vor, die Gebiete um die Malwinen, Südgeorgien und die Südlichen Sandwichinseln sowie den argentinischen Sektor der Antarktis als nationales Territorium zu beanspruchen. Gemäß Studien der Copla (Comisión Nacional del Límite Exterior de la Plataforma Continental) sei es offensichtlich, dass die argentinische Kontinentalplattform auch den antarktischen

Sektor und die Inseln einschließt. Die Arbeiten seien quasi fertig, es würden nur noch zehn Prozent an Detailprüfungen fehlen, bevor sie der UN präsentiert werden können.

Ende des vergangenen Jahres wurde in einer britischen Zeitung bekannt, dass auch die Regierung von Großbritannien Ansprüche auf diese Gebiete erhebt. Auch sie arbeite an einer Präsentation für die UN-Kommission und forder-

te darin unter anderem die Zone um die Malwinen sowie etwa eine Million Quadratkilometer in der Antarktis. Argentinien hat bereits angekündigt jeder Präsentation, die Großbritannien vorlegt, zu widersprechen. Und wenn zwei sich streiten – könnte es gar keinen Gewinner geben. Denn höchstwahrscheinlich wird die UN, wenn zwei Länder die gleichen Ansprüche erheben, alles genau so lassen, wie es ist.

Cobos liebäugelt wieder mit UCR

Buenos Aires (AT/kat) – Vizepräsident Julio Cobos zeigte vergangenes Wochenende Interesse an einer Wiederannäherung an die UCR. Dies löste eine Kontroverse um seine Loyalität gegenüber der Regierung aus.

„Ich wurde niemals gebeten, dem Radikalismus abzuschwören, um Cristina Kirchner bei der Präsidentschaft zur Seite zu stehen. Ich habe mich weder abgewandt noch um meinen Ausschluss gebeten. Meine Parteizugehörigkeit stand niemals zur Debatte“, ließ Cobos verlauten. Bei einem Besuch des ehemaligen Vorsitzenden der radikalen Partei, Raúl Alfonsín, hätten sie sich für das Wohl der Partei geeinigt, wieder zusammen zu arbeiten: „Er teilt meinen Glauben, dass die radikale Partei meinen Ausschluss noch einmal überdenken wird.“ Schon war Cobos als potentieller Kandidat der UCR für die Parlamentswahlen 2009 im Gespräch.

Diese Annäherung zwischen Cobos und der UCR hat Unstimmigkeiten in der Regierung provoziert. „Er hat als Vizepräsident eine institutionelle Verantwortung. Cobos ist einen Kompromiss eingegangen, als er sich wählen ließ, somit würde ein Widerspruch entstehen, wenn er sich der Opposition zuwendet“, kritisierte Kabinettschef Sergio Mas-

CD Rom / Touch-Screen
Web / Video Digital
3D / Animaciones

(5411)4703-5509

www.multimedia.com.ar

sa. In der Casa Rosado wurde Cobos schon missmutig neuer „Borocotazo“ genannt. Mit seiner Gegenstimme im Senat bei der Abstimmung gegen die Exportzölle hatte sich der Vize bereits von der Regierung entfremdet. Eine Rückkehr zur UCR könnte die Beziehung noch weiter verkomplizieren.

Auch Parteiangehörige der UCR sprachen sich dagegen aus, Cobos wieder aufzunehmen, nachdem dieser vergangenes Jahr vom ehemaligen Parteichef Gerardo Morales aus der Partei ausgeschlossen worden war. „Er kann keine politische Rolle in der radikalen Partei spielen, so

lange er noch im Amt ist. Das heißt, dass die Sanktionen gegen ihn nicht so bald aufgehoben werden“, erklärte der radikale Senator Ernesto Sanz.

Cobos hat seine Verpflichtung gegenüber der Regierung mittlerweile erkannt. Er werde trotz des Konfliktes bis 2011 loyaler Vizepräsident bleiben. „Ich werde kein Amt annehmen und ich werde 2009 als Niemand für Nichts kandidieren. Ich werde das Volksmandat akzeptieren“, so Cobos am Montag. Cristina Kirchner hat sich in den vergangenen Tagen stillschweigend aus der Diskussion herausgehalten.

Poggi stellt sich

Gemeindeangestellter mutmaßlich in Drogenring

Buenos Aires (AT/kat) – Am vergangenen Samstag wurde ein Haftbefehl gegen den Gemeindeangestellten Manuel Poggi erlassen. Denn er steht im Verdacht, auch seine Finger im argentinischen Drogen-Roulette gehabt zu haben. Nach fünf Tagen auf der Flucht hat sich Poggi nun selbst gestellt.

Seit 2001 war Poggi Chef der Industrieentwicklungsabteilung im Verwaltungsbezirk General Rodríguez. Er steht unter Verdacht, auch in den Drogenschmugglerring verwickelt zu sein. Einerseits ist er angeklagt, gemeinsame Sache mit einer Gruppe von Mexikanern in der

Stadt Ingeniero Maschwitz im Bezirk Escobar der Provinz Buenos Aires gemacht zu haben. Dort war am 17. Juli bei einer Razzia ein illegales Labor für Metamfetamine aufgedeckt worden.

Außerdem hatte Poggi eine Warenhalle angemietet, die vermeintlich zur Lagerung von Ephedrin für die Herstellung von synthetischen Drogen diente. Osvaldo Carrizo, der Besitzer des Warenhauses, sah angeblich regelmäßig Leute aus- und eingehen, die er für Mexikaner hielt. In der Lagerhalle wurden 14 Fässer mit 200 Tonnen Ephedrin sichergestellt. Nun wird untersucht, ob dieses Ephedrin zur Lieferung des Unter-

nehmens Unifarma gehört, das mit den drei Ermordeten Sebastián Forza, Damián Ferrón und Leopoldo Bina, in Verbindung gebracht wird. Auch in Frage gestellt wird nun, ob Poggi in die Morde verwickelt war.

„Jemand versucht mich auszuwickeln. Ich trete zurück und komme erst zurück, wenn die Angelegenheit geklärt ist“, sagte Poggi am Freitag, dem 29., zu seinem Chef Armando Borches, und verschwand. Am Mittwoch stellte sich Poggi in Begleitung seines Anwalts Ariel Fusco in Campana, Provinz Buenos Aires, wurde festgenommen und jetzt von Staatsanwalt Federico Faggionato Már-

quez verhört.

Der Minister für Justiz, Sicherheit und Menschenrechte Aníbal Fernández beeilte sich klarzustellen, dass Poggi nicht mit der Staatsregierung in Verbindung stand. Es werde nun untersucht, ob die Einfuhr von Ephedrin und Pseudoephedrin ins Land verboten werden soll, eine Entscheidung sei in den nächsten 90 Tagen zu erwarten. Denn selbst die Anmat (nationale Verwaltung von Medikamenten, Nahrungsmitteln, medizinischer Technologie) hat zugegeben: „Das System für den Handel mit Medikamenten in Argentinien ist unkontrollierbar.“

WOCHENÜBERSICHT

Aerolíneas Argentinas wieder staatlich

Das argentinische Parlament hat die Wiederverstaatlichung der vor 18 Jahren privatisierten Aerolíneas Argentinas gebilligt. Nach dem Abgeordnetenhaus stimmte am Mittwoch auch der Senat für einen entsprechenden Gesetzentwurf. Demnach müssen aber Änderungen bei der Abwicklung des Rückkaufs vorgenommen werden. So muss der mit den bisherigen Eigentümern, der spanischen Gruppe Marsans, noch auszuhandelnde Kaufpreis vom Parlament gebilligt werden. Zudem fügten die Parlamentarier ein Verbot einer möglichen erneuten Privatisierung ein. Auch gab es heftigen Widerstand gegen eine mögliche Übernahme der Schulden von Aerolíneas in Höhe von 890 Millionen Dollar durch den Staat. Dies hatte die Regierung mit Marsans aber schon in einer Mitte Juli unterzeichneten Vereinbarung zugestanden.

Historischer Triumph der UCR

Bei den Gemeindevahlen am Sonntag in Santa Rosa, La Pampa, erzielte die UCR einen historischen Triumph: Der Bewerber Francisco Torroba erzielte 49,94 Prozent der Stimmen. Somit schlug er den peronistischen Kandidaten der Opposition Juan Carlos Tierno, der nur von 36,47 Prozent gewählt wurde, um Längen. Dies ist das erste Mal, dass die UCR die Verwaltung von Santa Rosa übernimmt. Torroba wird bis 2011 im Amt bleiben. Die Wahl hatte schon zuvor Aufmerksamkeit erregt. Tierno war bereits im Oktober 2007 zum Bürgermeister gewählt worden, aber nach nur 87 Tagen vom Gouverneur von La Pampa Oscar Jorge (PJ) wegen Autoritätsmissbrauches seines Amtes enthoben worden. Dennoch war er erneut angetreten. Nach der Wahl vergangenen Sonntag schimpfte er, dass ihn die Peronisten aus den eigenen Reihen hintergangen und gegen ihn gestimmt hätten.

Korruption im Atomsektor

Wegen Korruptionsverdachts wurde der Präsident der nationalen Kommission für Atomenergie (CNEA), José Abriata, vor Gericht gebracht. Er soll sechs Millionen Pesos, die für das Kernkraftwerk Atucha II bestimmt waren, unrechtmäßig umgeleitet haben. Abriata stand während der gesamten Regierungszeit von Néstor Kirchner an der Spitze der größten Atomorganisation. Der Hauptanklagepunkt datiert zurück

auf das Jahr 2006. Damals schloss die CNEA einen Vertrag mit dem staatlichen Unternehmen NASA (Nucleoeléctrica Argentina SA), die Arbeiten an dem Kraftwerk Atucha II zu beenden. Der Vertrag hatte ein Volumen von sechs Millionen Pesos. Doch die CNEA gab den Auftrag sowie die sechs Millionen Pesos an ihr Subunternehmen Dioxitek SA weiter. Laut Richter María Romilda Servini de Cubría wurden dabei Staatsgelder veruntreut; durch erhöhte Gebühren, gefälschte Rechnungen und Lohnzuschläge soll ein unrechtmäßiger Gewinn erzielt worden sein. Auch der Präsident von Dioxitek, Santiago Morazzo, ist angeklagt.

Boom der Villa 31

Die „Notstandssiedlung“ Villa 31 beim Bahnhof Retiro erlebt derzeit einen nie da gewesenen Zuzugs- und Bauboom. Gemäß Schätzungen nahm die Bewohnerzahl des Elendviertels in den vergangenen zwölf Monaten um 20 % zu und liegt jetzt bei etwa 30.000 Personen. Mittlerweile erstreckt sich das Wohngebiet von den Gleisen der Eisenbahn San Martín, bis zur Autobahn Illia und der Schnellstraße Facundo Quiroga. Freie Plätze werden zugebaut – 25 Quadratmeter kosten etwa 3.000 Pesos. Auf bestehende Häuser werden neue Stockwerke gesetzt, denn mit Mieten zwischen 350 und 500 Pesos lassen sich Einnahmen generieren. Derzeit gehört dieses Gebiet noch dem Staat, doch die Regierung von Buenos Aires hat um eine Übertragung gebeten. Nur so könne sie überhaupt etwas unternehmen – in erster Linie soziale Hilfestellung leisten.

(AT/kat/dpa)

PERSONALNACHRICHTEN

Geburtstage im Altersheim „Los Pinos“

Ostrtrowski Gerda, 100, am 01.09; Gechter Carlos, 80, am 01.09; Withington Alan, 85, am 11.09; Linder Hildegard geb. Steinle, 94, am 13.09; Hammerer Liliana, 58, am 19.09; Espinosa Marta geb. Zuggas, 83, am 21.09; Arndt, Ursula, 89, am 23.09; Uhle Margot, 73, am 26.09; Gassauer Juan, 92, am 29.09.

Todesfälle:

Guassardi Abel, 71, am 31.07; Kowatch Pedro, 71, am 31.08.; Werner Hirschfeldt, am 29.08; Gustavo Teodoro Haas (Teo), 83, am 1.09.

Schattenpräsident

Nirgends in der Welt hat wie jetzt ein Ehepaar gemeinsam regiert. Nur in der Provinz Santiago del Estero teilte sich das Ehepaar "Nina" und Carlos Juárez nacheinander die Macht - ein politisches Experiment, das in einem Fiasko endete. Regieren heißt, Entscheidungen zu treffen, unbeschadet der Formalitäten, die solche Entscheidungen in Gesetze, Dekrete oder Ernennungen und Absetzungen begleiten. Formal trifft derzeit Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner die politischen und verwaltungstechnischen Entscheidungen der Exekutive. Indessen verrät man kein Staatsgeheimnis mit der Erkenntnis, dass mit ihr Expräsident Néstor Kirchner als Schattenpräsident wirkt und die Entscheidungen maßgebend beeinflusst.

Das eigenartige Schema des regierenden Ehepaars zielt deutlich auf eine langzeitliche Macht im Staat. Expräsident Kirchner hätte sich 2007 zur Wiederwahl aufstellen dürfen, aber nach vier Jahren 2011 nicht mehr. Indem er seine Gattin als Kandidatin vorschob, können 2011 sowohl er selber als auch die jetzige Präsidentin nochmals kandidieren, ebenso 2015 je nachdem wer 2011 kandidiert. Auch später können sich beide als Kandidaten abwechseln, sofern sie freilich die betreffenden Wahlen stets gewinnen. Eine andere Erklärung für die Entscheidung des Expräsidenten, seine Gattin als Kandidatin für seine Nachfolge vorzustellen, ist kaum vorstellbar.

Mit diesem mutmaßlichen Hintergrund erklärt sich mühelos die besonders aktive Tätigkeit des Expräsidenten als derzeitiger Schattenpräsident. Wer von beiden Eheleuten sich im Fall von Meinungsdivergenzen durchsetzt, lässt sich mangels glaubwürdiger Informationen nur deuten. Als schweigender Dritter im Bunde des Ehepaars wirkt sicherlich der Präsidialsekretär Carlos Zannini, der die Texte der Gesetzesvorlagen und der Dekrete ausarbeitet, die die Präsidentin unterschreibt. Der vorherige Kabinettschef Alberto Fernández übte die Rolle als Sprecher des Ehepaars aus, in die sich sein jugendlicher Nachfolger Sergio Massa mühevoll hineinlebt. Planungsminister Julio de Vido ist sicherlich der einflussreichste Kabinettsminister, zu dem sich die Staatssekretäre Guillermo Moreno für Binnenhandel und Ricardo Jaime für Transport gesellen.

Néstor Kirchner hat sich während seiner Präsidentschaft als machthungriger Vollblutpolitiker entpuppt, der brutale Methoden nicht scheut und seine Macht auf Geldzusagen und Bestrafungen aufgebaut hat. Das als Politiker gelegentlich gegebene Wort hat er mehrmals nicht eingehalten, wie der politische Kommentator Joaquín Morales Solá in seiner Kolumne vom vergangenen Samstag in "La Nación" bescheinigte. Morales Solá ist in den letzten Jahren mehrmals von Néstor Kirchner als Präsident zu Zwiesgesprächen eingeladen worden, ohne dass er eine Audienz beantragt hätte. Dieser persönliche Kontakt ermöglichte einen Eindruck der Persönlichkeit Kirchners als machtbewusster Politiker. Wie seine Gattin auch, glauben beide felsenfest, dass Redakteure in Zeitungen oder anderen Medien nur Handlanger der Verleger sind, die dabei persönliche Wirtschaftsinteressen vertreten und entsprechende Befehle an ihre Untergebenen erteilen. Diese eigenartige Vision der Politik und der Medien verfälscht sicherlich das Urteilsvermögen des Ehepaars, wie es in Pressekonferenzen mit spitzen Bemerkungen zum Ausdruck kommt, die Journalisten mit ihren Verlegern verdächtigen.

Der Expräsident hat sich inzwischen in seine Rolle als Schattenpräsident eingelebt. Als Vorsitzender der Justizialistischen Partei, ohne vom Parteitag gewählt worden zu sein, lädt er nacheinander einflussreiche Parteimitglieder und Bürgermeister zu sich in der Residenz von Olivos ein, darunter unlängst Carlos Reutemann aus Santa Fé und Rubén Marín aus La Pampa, die im Streit über die beweglichen Exportzölle gemeinsame Sache mit den Landwirten gemacht hatten. Auch höfliche Bürgermeister der Provinz Buenos Aires und zwar sowohl Justizialisten als Radikale der Sorte K, fanden sich in Olivos ein. Kirchner versprach ihnen, ausstehende Zahlungen für versprochene Bauten zu regeln. Dafür werden maßgebende Beamte eingeschaltet, die die Zahlungen leisten und dann sicherlich andere Zahlungen verzögern. Laufende Zahlungen des Schatzamtes werden längst zurückgestellt, damit die jeweilige Monatsbilanz mit dem gewünschten Primärüberschuss abgeschlossen werden kann. Die Gläubiger, meist Bauunternehmer, haben das Nachsehen. Diese Methode zeigt abermals recht deutlich, wie Expräsident Kirchner seine Macht ausübt, auch als Schattenpräsident, derweil er sich vorbereitet, für die nächstjährigen Parlamentswahlen vom Oktober 2009 Kandidaten, Listen und Wählerbeeinflussungen zu organisieren. Schlussendlich entscheiden die Wahlergebnisse für die Erhaltung der Macht im Staat.

Randglossen

Anders als mit den beweglichen Exportzöllen, die Präsidentin Cristina Kirchner dem Kongress zuleitete, der dank Vizepräsident Cobos gegen sie stimmte, verfügte die Staatschefin die Tilgung der Schulden gegenüber den Regierungen des sogenannten Pariser Klubs eigenhändig per Dekret. Der Kongress schaut zu, obwohl die Verfassung dem Parlament die Aufgabe betraut, für die Regelung der Auslandsschulden zu sorgen. Hinzu kommt, dass im Dekret zur sofortigen Zahlung von 6,7 Milliarden Dollar die frei verfügbaren Währungsreserven der Zentralbank eingesetzt werden, weil deren Statuten das für Zahlungen an internationale Finanzkörperschaften vorsehen. Nun ist der Pariser Klub keinesfalls eine Körperschaft wie der Währungsfonds oder die Weltbank, sondern nur ein Forum, wo sich Staatsgläubiger mit Staatsschuldnern treffen, um gegebenenfalls deren Verbindlichkeiten zu strecken. Derweil wird der dafür zuständige Kongress nicht gefragt und schaut verwundert zu, wie die Präsidentin eigenhändig entscheidet, was der Kongress tun sollte.

Aerolíneas Argentinas wurde verstaatlicht. Das betreffende Gesetz wurde vom Kongress ohne die Billigung des Abkommens zwischen der Exekutive und der spanischen Trägergruppe Marsans über die anfallende Entschädigung verabschiedet, die im Gesetzesprojekt eingebunden war. Die Fluggesellschaft wird treuhänderisch von der Exekutive verwaltet, die bereits über 300 Millionen Dollar verpulvert hat. Aerolíneas Argentinas ist mit 9000 Mitarbeiter hoffnungslos überbesetzt, leidet unter weltweit teurem Kerosin sowie massiven Gehaltszulagen bei eingefrorenen Tarifen und wiederholten Streiks der sieben Gewerkschaften, die die Firma bevölkern. Bei künftig uferlosen Verlusten, für das Schatzamt zu Lasten der Bevölkerung als Steuerzahler oder Inflationsopfer aufkommen muss, drängen sich Entschädigungsansprüche vor Gericht sowohl im Inland als auch beim Weltbankschiedsgericht auf, die die argentinischen Staatsfinanzen auf Jahrzehnte hinaus belasten werden. Wie gehabt bei Verstaatlichungen.

Sport in Kürze

Fußball

Fehlstart

Buenos Aires – Der amtierende Meister River Plate hat einen glatten Fehlstart in die aktuelle Spielzeit hingelegt. Mit lediglich fünf Punkten aus vier Spielen rangieren die Millionarios derzeit auf Rang neun der Tabelle. Der Abgang von Kapitän Ariel Ortega zum Zweitligisten Rivadavia scheint eine größere Lücke ins Team gerissen zu haben als erwartet. Rivale Boca hingegen ist nach neun Punkten aus nur drei Partien aktueller Spitzenreiter.

AUSFLÜGE UND REISEN

Die erste Stadt des 21. Jahrhunderts

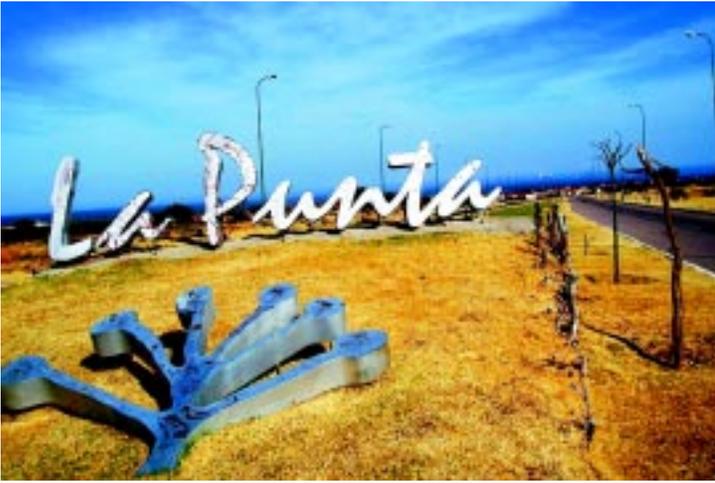
Den unbedarften Reisenden trifft es nicht völlig unvorbereitet. Nimmt er im Sommerfrischeort Potrero de los Funes, nördlich der Provinzhauptstadt San Luis, die funkelneue Autopista de Montaña Richtung West, kommt er zunächst zu einem Aussichtspunkt, an dem ein großes Schild ihn einstimmt: „Wir sind die 11.632 Gründungsbewohner der ersten Stadt des 21. Jahrhunderts“.

Dann kann er auf die eintausend Meter tiefer liegende Ebene hinunterblicken und erkennt da eine weiße Stadt. Weitgehend weiß, weil sie so jung ist: nämlich knapp fünf Jahre alt, 2003 einge-

weiht.

Vom 2000 Meter hohen Pass geht es dann auf rund 900 Meter hinunter, direkt hinein in die Ciudad de la Punta.

Der Namen kommt daher, weil die spanischen Konquistadoren, die Mitte des 16. Jahrhunderts kurz hintereinander Mendoza, San Juan und San Luis gründeten, in dem Gebirge, an dessen Südspitze heute San Luis liegt, zahlreiche Hirsche vorfanden. Sie nannten die Neugründung daher San Luis de la Punta de los Venados. Und wenn auch mittlerweile die Geweihträger längst ausgerottet sind, nennen sich die Bewohner der



Einfahrt in die Retortenstadt (im Hintergrund).

Stadt und der Provinz San Luis schlechthin „Puntanos“.

Ciudad de la Punta ist eine Retortenstadt. Jedoch keine hässliche Zweckstadt, wie es so viele in Argentinien oder anderswo gibt, sondern generalstabsmäßig geplant und errichtet, in einer endlosen Ebene, die sich von der Sierra de San Luis bis zum Río Desaguadero erstreckt, etwa hundert Meter höher als die rund zwölf Kilometer weiter südlich und von hier aus deutlich zu sehende Provinzhauptstadt gelegen.

In einem weiträumigen Areal wurden breite Boulevards und

Straßen und ferner 2758 Wohnungen angelegt für eben jene 11.632 Gründer, die seit einem Lustrum hier wohnen. Jedes Einfamilienhaus, selbstverständlich erdbebensicher auf einem 250 Quadratmeter großen Grundstück erbaut, konnte jeder ernsthafte Interessent in wohlfeilen Raten erwerben. Viele Pioniere aus Buenos Aires, Córdoba und der Provinz selbst ergriffen die einmalige Chance, so preiswert ein mit Strom, Gas, Telefon, Trinkwasser und Abwasseranlage versorgtes Wohnhaus zu erwerben.

Warmes und trockenes, aber

weitgehend angenehmes Klima herrscht vor. Kein Telefonmast verunziert das Szenarium, kein Strom- oder Fernsehkabel stört den freien Blick zum Himmel. Alles ist unterirdisch verlegt, nur die Peitschensäulen der öffentlichen Beleuchtung ragen in den Himmel.

Wer damals wollte, konnte kommen und eine Wohnung erwerben in diesem Ort, der für die Zukunft geplant ist. Es gibt moderne Filmstudios, ein Data Center, ein astronomisches Observatorium, ein großes Fußballstadion (16.000 Zuschauer) und natürlich eine eigene Uni, die Universidad de la Punta. Wer trotzdem in der Provinzhauptstadt zu tun hat, ist auf Asphalt in einer Viertelstunde am Ziel. Aber wer will schon? In der Ciudad de la Punta, die von einem Ende zum anderen drei Kilometer weit, gibt es praktisch sämtliche Dienste.

Leider haben die Planer vergessen, rechtzeitig Bäume zu pflanzen, die nun erst wachsen müssen. Immerhin:

Sechzig Prozent der Stadtoberfläche von 5800 Hektar sind Grünanlagen.

Väter der Initiative sind die Gebrüder Adolfo und Alberto Rodríguez Saá und die zeitweilige Vizegouverneurin Alicia Lemme, eine Architektin.

Im benachbarten Potrero de los Funes wurde bereits die Schachweltmeisterschaft ausgetragen. Und nun baut man ein Autodrom, wo angeblich bereits in zwei Jahren ein Lauf zur Formel-Eins-Weltmeisterschaft stattfinden soll.

Tatsächlich: Mit ihren durchgehend vierspurigen, beleuchteten Autobahnen und zahlreichen neu-



Ansicht von der Passhöhe der Ciudad de la Punta.

en Projekten erkennt man die Provinz San Luis beinahe nicht wieder.

Marlú

Praktisches für den Alltag

Erfinder Marcos Shayo stellt die magnetische Gardine vor

Von Nils Ole Reuter

Buenos Aires (AT) - Am 26. August fand die zehnte Pecha Kucha Night in der Ciudad Cultural Konex im Once-Viertel statt. Diese Veranstaltung bietet Künstlern, Schriftstellern, Nichtregierungsorganisationen und anderen Kreativen ein Forum, in dem sie kurz und knapp mittels eines Diavortrags ihr Schaffen präsentieren können. Neben dem Comiczeichner Kioskerman oder der Künstlerin Marta Minujín trat auch ein sehr interessanter jovialer Mann namens Marcos Shayo auf. Shayo ist von Beruf Erfinder. Der 44-jährige, ledige Argentinier arbeitete jahrelang als Wissenschaftler an der New York University, wo er sich der Erforschung der Alzheimerkrankheit widmete. Zuvor hatte er an der Universität von Buenos Aires seinen Abschluss in Psychologie gemacht. Weil er sich immer wieder darüber aufgeregt hat, dass so viele Gebrauchsgegenstände des Alltags offensichtliche funktionale Mängel aufweisen, die zu beheben die Damen und Herren Erfinder sich nicht die Mühe machten, beschloss er, es besser zu machen und selber tätig zu werden.

Zu seinen ersten Erfindungen gehört ein Seifenhalter. Das besondere daran: Er wird im Waschbecken angebracht. Shayo störten die unansehnlichen Wasser- und Seifenrückstände, die sich bei herkömmlichen Seifenhaltern am Beckenrand oder in der Schale anzusammeln pflegen. Es machte ihn buchstäblich rasend, dass in gut 2000 Jahren Sei-



Marcos Shayo mit Denkerblick.

fengeschichte noch niemand auf die Idee gekommen ist, die Halterung dafür im Waschbecken anzubringen. So entwickelte er kurzerhand ein Metallgestänge, das sich im Überlaufloch des Beckens befestigen lässt. Und vorbei ist das leidige Entfernen von Seifenresten.

Im Konex präsentierte der sympathische Tüftler nun seine neueste Erfindung: die magnetische Gardine, „La Cortina Magnética“. Dahinter verbirgt sich ein ebenso simples wie raffiniertes Konzept. Anstatt Löcher in den Fensterrahmen oder die Wand bohren zu müssen, um die Gardinenstange zu befestigen, bringt man bloß mehrere Magneten an der gewünschten Stelle an. Dafür braucht man nicht einmal notwendigerweise met-

allene Fensterrahmen, denn die Magnete sind auch mit klebstoffhaltiger Rückseite erhältlich, so dass sie sich auch auf Holz, Beton oder Stein fixieren lassen. Die Gardine selbst ist in regelmäßigen Abständen von metallenen Querstreben durchzogen. Damit kann man den Lichteinfall variabel gestalten, und wenn man umzieht oder vom Anblick seiner Gardine gelangweilt ist, lässt sie sich innerhalb von nullkommanichts abnehmen und ebenso schnell an anderem Ort anbringen oder austauschen. Insbesondere für Menschen mit zwei linken Händen eine angenehme Alternative. Erhältlich ist die Gardine ab sofort im Designergeschäft „Sr. MOR“ (www.srmor.com.ar).

Marcos Shayo verfolgt mit seiner Tüftelei nicht nur das Ziel, den



Die Gardine wird mit Magneten fixiert.

Nein, mit dem Geld will er ein Institut gründen, wo er gemeinsam mit anderen Wissenschaftlern an der Erforschung der Alzheimerkrankheit arbeiten kann, seiner zweiten Leidenschaft.

Weitere Informationen gibt es unter:

www.jabonerasbanus.com.ar
www.productosbanus.com.ar



Fotos: Marcos Shayo

Variabler Lichteinfall: die magnetische Gardine.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Der Dollarkurs schloss letzte Woche zu \$ 3,06, um 3,47% unter Ende Dezember 2007. Der Rofex-Terminkurs schloss zum 1.12.08 zu \$ 3,068, zum 1.1.09 zu 3,088, zum 31.3.09 zu \$ 3,145, zum 30.6.09 zu \$ 3,207, zum 30.9.09 zu \$ 3,270 und zum 10.3.10 zu \$ 3,380.

Die Währungsreserven der ZB betragen um 22.08.08 u\$ 47,20 Mrd., um 0,89% weniger als vor 30 Tagen, jedoch um 2,23% über Ende 2007. Der Notenumlauf betrug \$ 72,82 Mrd., um 1,40% unter dem Stand vor 30 Tagen und um 2,66% unter Ende 2007.

Die gesamten Depositen des Bankensystems betragen zum 22.08.08 \$ 216,03 Mrd., um 1,53% mehr als vor 30 Tagen und 12,86% mehr als Ende 2007. Im Laufe des Jahres nahmen Girodepositen um 22,01% zu, Spardepositen um 6,95% ab und Fristdepositen um 30,52% zu, wobei besonders Depositen auf längere Fristen stark stiegen: auf 90 bis 179 Tage um 58,46% und von 189 auf 365 Tage um 88,49%.

Der Merval-Aktienindex der Börse von Buenos Aires verzeichnet in einer Woche zum Donnerstag einen Rückgang von 4,64% und seit Ende Dezember 2007 21,24%. Letzte Woche gingen die Kurse weltweit zurück, wobei der Bovespa-Index von Sao Paulo eine Baisse von 8,82% verzeichnet, der Dow Jones (USA) um 4,50% zurückging, der FITSE 100 (Grossbritannien) um 4,27%, der CAC 40 (Frankreich) um 3,53% und der von Shanghai um 3,09%. Seit Ende 2007 verzeichnen die Weltbörsen hohe Verluste: Bovespa 19,53%, Mexbol (Mexico) 11,46%, IPSA (Chile) 8,41%, Dow Jones 15,65%, Nikkei (Japan) 17,97%, FTSE 100 (Grossbritannien) 16,96%, CAC 40 23,34%, SPI (Schweiz) 14,13%, Madrid 24,88% und Shanghai 56,72%.

Vordatierte Schecks auf 30 Tage

Alltag einfacher zu gestalten. Er träumt davon, dass seine Erfindungen bald in Massen produziert werden und er zum Millionär wird. Jedoch nicht, um ein Leben in Saus und Braus zu führen, sich ein Haus in Punta del Este zuzulegen und den Winter auf einer Yacht in der Karibik zu verbringen.

Nein, mit dem Geld will

er ein Institut gründen, wo er gemeinsam mit anderen Wissenschaftlern an der Erforschung der Alzheimerkrankheit arbeiten kann, seiner zweiten Leidenschaft.

Weitere Informationen gibt es unter:

www.jabonerasbanus.com.ar
www.productosbanus.com.ar

wurden an der Börse von Buenos Aires letzte Woche mit einem Zinssatz von 11,25% (Vorwoche: 11,58%) gehandelt, auf 60 Tage zu 14,71% (14,45%), auf 90 Tage zu 14,33% (15,42%), auf 120 Tage zu 14,01% (14,88%), auf 180 Tage zu 15,78% (17,34%) und auf über 180 Tage zu 18,53% (20%).

Der Goldpreis betrug letzte Woche in Buenos Aires bei 18 Karat \$ 51,71 je Gramm (Vorwoche: \$ 53,13) und bei 24 Karat \$ 85,70 (\$ 87,80).

Das Wirtschaftsministerium hat am Donnerstag eine Ausschreibung für den Kauf von Staatsbonds Boden in Dollar, mit Verfall 2012 und 2013, und Coupons, die an das BIP-Wachstum gebunden sind, für \$ 200 Mio. durchgeführt. Es gab Angebote für \$ 439 Mio., doch es wurden nur \$ 20 Mio. angenommen. Das Wirtschaftsministerium besteht darauf, nur zu sehr niedrigen Preisen zu kaufen. Allgemein lagen die Offerten über dem Marktpreis. Doch das Finanzsekretariat nahm auch eine Offerte einer grossen Auslandsbank nicht an, die unter dem Marktkurs lag. Gekauft wurden Boden 2013 für \$ 9,36 Mio, Boden 2013 für \$ 4,7 Mio. und Coupons für \$ 5,72 Mio.

Nachdem das Parlament das Gesetzesprojekt über Rückverstaatlichung der Fluggesellschaften Aerolíneas Argentinas und Austral verabschiedet hat, kann die Regierung mit dem Kaufverfahren beginnen. Es soll keine Enteignung sein, die legale Konflikte geschaffen hätte, sondern ein einfacher Kauf, auf der Grundlage einer Bewertung des Verwaltungsgerichtes, das für diesen Zweck besteht ("Tribunal de tasaciones"). Die Marsans-Gruppe soll angeblich eine Bewertung durch die Credit Suisse fordern. Nachdem das Unternehmen hochverschuldet ist und ein negatives Nettovermögen ausweist, sollte der Staat somit die Gesellschaften ohne Zahlung überneh-

men, wobei sich die Marsans-Gruppe dabei der Verpflichtungen gegenüber den Gläubigern entledigt. Ab 17. Juli hat das Schatzamt schon \$ 309 Mio. beigetragen, damit AA und Austral überhaupt weiter fliegen können. Für September wird mit einem Zuschuss von \$ 92 Mio. gerechnet. Doch der Verlust dauert an, und ist solange nicht aufzuhalten, als die Unternehmen mindestens drei Mal so viel Personal beschäftigen, wie sie effektiv brauchen. Ausserdem müssen viele Flugzeuge gewartet werden und Schulden bezahlt werden, so dass hier hohe und ständige Zuschüsse des Schatzamtes bevorstehen.

Die Regierung hat beschlossen, den Abzug bei der Gewinnsteuer natürlicher Personen, die Haushaltspersonal legal eingetragen haben, von gegenwärtig \$ 7.500 auf \$ 9.000 im Jahr zu erhöhen. Für diejenigen, die in die höchste Stufe der Einkommenssteuer gelangen (35%) bedeutet dies ein Abzug von \$ 3.150.

Die Deputiertenkammer hat am Donnerstag das Gesetzesprojekt über automatische Erhöhung der Pensionen und Hinterbliebenenrenten mit 141 Stimmen gegen 77 angenommen und dem Senat weiter geleitet. Das neue System gilt ab 1. Januar 2009, wobei die erste Erhöhung im März stattfindet, die zweite im September. Die Erhöhung vom März erfolgt gemäss der Indexentwicklung zwischen Juli und Dezember 2007, und die vom September auf der Grundlage der Zunahme von Januar bis Juni. Das Gesetzesprojekt sieht zwei Indices vor: 1. Lohnentwicklung gemäss INDEC und Arbeitsministerium, wobei der höchste von beiden genommen wird; 2. Einnahmen der ANSeS pro Rentner. Dieser Index dient als Höchstgrenze, so dass die Einnahmen des ANSeS die Ausgaben nicht übersteigen. Diese Art der Indexierung ist jedoch anders, als sie der Oberste Gerichtshof im Fall "Badaro" bestimmt hat. Ausserdem wird der Verlust, der sich bei Pensionären, die über dem Minimum liegen, besonders denjenigen, die 2002 \$ 1.000 pro Monat bezogen, nicht an-

erkannt, was auch dem genannten Urteil widerspricht. Diese Indexierung gilt nur für Rentner des staatlichen Systems. Bei Rentnern der privaten Kassen (AFJP), gilt die Indexierung nur für den Teil, den das ANSeS zahlt ("PBU, prestación básica universal"). Der Rest wird nach wie vor gemäss dem angehäuften Kapital und der Lebenserwartung berechnet.

In den ersten acht Monaten 2008 hatte VW am lokalen Verkauf von neuen Kfz einen Marktanteil von 26,6%, gefolgt von GM mit 18,7%, Peugeot mit 14%, FIAT mit 13,4%, Renault mit 11,8% (13.628), Ford mit 7,9% u.a. mit insgesamt 7,6%. Das meistverkaufte Modell war der Gol mit 39.830 Einheiten, gefolgt vom Corsa mit 35.206, dem Peugeot 206 mit 21.264, dem Clio mit 13.628 und dem Ecosport mit 13.506.

Die Ausgabe finanzieller Treuhandfonds lag im August mit \$ 283,9 Mio. knapp über einem Viertel der \$ 1,03 Mrd. vom Juli. Der Rückgang ist auf die Aufhebung der Ausnahme dieser Fonds von der Gewinnsteuer zurückzuführen (Dekret 1207/08 vom 1.8.08). Dennoch wird für September mit einer starken Zunahme gerechnet.

Im Wirtschaftsministerium wird an einer Umschuldung der Staatstitel gearbeitet, die 2009 verfallen, um die Staatsfinanzen zu entlasten. An erster Stelle wird an die garantierten Kredite an den Staat gedacht, die der damalige Wirtschaftsminister Cavallo im Jahr 2001 im Rahmen einer Umschuldung eingeführt hat. Nächstes Jahr müssen umgerechnet u\$ 3,81 Mrd. dieser Kredite gezahlt werden. Diese Kredite wurden vor dem Default von 2002 zwangsweise in Pesos umgewandelt, aber mit CER-Wertberichtigung. Diese Schuldscheine sollen durch neue ersetzt werden, die gemäss dem Badlar-Satz berichtigt werden, der die Zinsen grosser Bankdepositen zum Ausdruck bringt. Die Regierung würde dadurch den Indexkonflikt überwinden, der bei der Berechnung des CER-Koeffizienten besteht, wobei die

Änderung der Progression der Einkommenssteuer

Letzte Woche wurde bekannt, dass das Wirtschaftsministerium im Haushaltsgesetz für 2009 (das am 15. September im Kongress eingebracht werden muss), eine Änderung der Progressionskala der Einkommenssteuer (hier Gewinnsteuer benannt) für natürliche Personen einführen wird, die somit ab 1.1.09 in Kraft tritt. Es handelt sich nicht um die Abschaffung der Verschärfung der Progression, die im Jahr 2000 von José Luis Machinea als Wirtschaftsminister (unter Fernando de la Rúa als Präsident) eingeführt wurde, sondern um eine totale Neuformulierung, bei der die unteren Stufen, der effektiven Steuerzahler entlastet und die oberen stärker belastet werden.

Dabei soll u.a. eine Ungereimtheit der bestehenden Skala korrigiert werden, die darin besteht, dass ein Steuerzahler der sogenannten 4. Kategorie (Einkommen aus persönlicher Arbeit) bei einem Monateinkommen (einschliesslich des zusätzlichen Jahresgehaltes, der in zwei Raten gezahlt wird) von \$ 7.001 mit \$ 826 besteuert wird, und ihm somit nur \$ 6.173 verbleiben, während einer mit \$ 7.000 nur mit \$ 178 besteuert wird, so dass ihm \$ 6.822 verbleiben, mehr als im ersten Fall. Auch bei monatlichen Arbeitseinkommen von \$ 10.000 und \$ 10.001 ergibt sich eine analoge Situation: im ersten Fall verbleiben netto nach Abzug der Steuer \$ 8.299, im zweiten nur \$ 7.927. Mit der vorgesehenen Reform soll in den beiden Fällen nach Abzug der Steuer etwa der gleiche Nettobetrag verbleiben.

Dieses Ergebnis wird durch die Änderung des Systems der Abzüge herbeigeführt, das Machinea eingeführt hat. Bei seiner Tabelle wurde für diejenigen, die zwischen \$ 7.001 und \$ 10.000 verdienen, das steuerfreie Minimum und die erlaubten Abzüge um 50% verringert, bei \$ 10.001 bis \$ 15.000 um 70%, bei \$ 15.001 bis \$ 17.000 um 90%, und darüber hinaus um 100%. Die Reform sieht eine Verringerung dieser Abzüge für die mittleren Stufen vor, aber nicht für die oberen.

Die Progression geht gegenwärtig bei physischen Personen bis 35%, dem gleichen Satz, den Aktiengesellschaften und G.m.b.Hs zahlen. Es ist vorgesehen, den Grenzsatz für den Teil des Einkommens, der über \$ 17.000 liegt, von 35% auf 37% zu erhöhen. Bis zur Steuerreform von 1989 ging die Progression für natürliche Personen über den Satz der Gesellschaften hinaus, und erreichte bis zu 45%, allerdings ab 1976 nur für sehr hohe Einkommen. 1975 und vorher kamen schon mittlere Einkommen wegen der Inflationwirkung in die höchste Stufe.

Gegenwärtig zahlt eine Person, die ein jährliches Arbeitseinkommen von \$ 240.000 hat, \$ 28.500 plus 35% auf den Betrag, der \$ 120.000 übersteigt. Mit der Reform werden diejenigen, die mehr als \$ 240.000 verdienen, einen festen Betrag von \$ 70.500 plus \$ 37% auf den Überschuss auf \$ 240.000 zahlen. Sie profitieren somit einerseits von der unlängst verfügten Erhöhung des steuerfreien Minimums, dann auch von den niedrigeren Sätzen für den unteren Bereich ihres Einkommens, und zahlen dann mehr auf den oberen Teil ihres Einkommens, weil der erlaubten Abzug bei höheren Einkommen (ab brutto \$ 20.000 oder netto \$ 17.000 monatlich) abgeschafft wird.

Die Erhöhung betrifft auch andere Einkommensarten, die nicht von der Gewinnsteuer ausgenommen sind, wie es bei Bankzinsen und Kapitalgewinnen (Differenzen beim Verkauf von Vermögenswerten) der Fall ist. Bei Dividenden und Gewinnausschüttungen von G.m.b.Hs, sollen die Aktionäre und Gesellschafter 2 Punkte zahlen, nachdem die Unternehmen von 35% gezahlt haben.

An der Reform wird noch gearbeitet. Der definitive Text wird erst mit dem des Haushaltsgesetzes voraussichtlich nächste Woche bekanntgegeben werden. Und dann wird der Fall im Parlament diskutiert, wobei Deputierten und Senatoren jetzt nicht mehr den Regierungsprojekten unbedingt zustimmen, wie es vor der Abstimmung über den Beschluss 125 der Fall war. Da die Progression auch viele Abgeordnete und Senatoren persönlich betrifft, und ausserdem sich die Machinea-Reform von 2000 politisch sehr negativ ausgewirkt hat, kann es noch Änderungen geben.

Banken den Schaden schlucken müssten, der durch die Indexfälschung entstanden ist. Doch grundsätzlich handelt es sich um eine Hinausschiebung des Verfalldatums um mehrere Jahre. Die Banken hätten dann einen Bonds, der eine objektive Bewertungsgrundlage hat, die nicht vom IN-DEC abhängt, sondern vom Finanzmarkt. Ausserdem würden diesen Bonds an der Börse kotiert, so dass sie im Gegensatz zu den garantierten Krediten flüssig wären.

Der Wirtschaftler und Energieexperte (er war zwei Mal Staatssekretär für Energie), Alieto Guadagni, weist in einem Artikel in der Zeitung "Clarín" (30.8.08) darauf hin, dass im 2. Quartal 2008 die Energiebilanz (Exporte und Importe von Erdöl, Gas und Strom) ein negatives Saldo von u\$s 630 Mio. ausweist. Diese Bilanz war 2000 um u\$s 3,9 Mrd., 2006 um u\$s 6 Mrd. und im ganzen ersten Halbjahr 2008 auch noch um u\$s 1,6 Mrd. positiv. Guadagni weist darauf hin, dass Argentinien nicht nur die Exportkapazität auf diesem Gebiet eingebüsst, sondern auch die Selbstversorgung verloren hat. Er weist auf die Abnahme von Produktion und Reserven von Erdöl und Gas hin, und betont dabei, dass gegenwärtig, bei einem internationalen Preis von u\$s 110 je Barrel, halb so viele Bohrungen durchgeführt werden wie in den 90er Jahren, als der Preis ein Fünftel betrug. Brasilien hat mit einer anderen Politik erreicht, dass die Erdölproduktion im letzten Jahrzehnt um 90%, die Erdölreserven um 75% und die Gasreserven um 65% gestiegen sind.

Die Direktorin des Zollamtes, María Tirabassi, gab bekannt, dass Anfang 2009 eine Ausschreibung der Erneuerung des Informatiksystems, das als "María" bekannt ist, einleiten werde. Eine Kommission von Fachleuten des Zollamtes und Aussenhandelsunternehmern soll unmittelbar nach Australien, Irland und Ungarn (eventuell auch nach anderen Ländern) reisen, um das Thema zu studieren. Das "María-System" ist veraltet. Mit einem modernen System können die Aussenhandelszahlen täglich per Internet gesehen werden, so dass eine direkte Kontrolle durch das Zollamt und auch durch Dritte möglich ist. Ebenfalls muss ein modernes System erlauben, Importe und Exporte gleichzeitig gemäss verschiedenen Kriterien zu klassifizieren, was den verantwortlichen Beamten, an erster Stelle dem Wirtschaftsminister, eine unmittelbare und aufschlussreiche Information über den Aussenhandel vermittelt. Ausserdem kann das System bei Importen automatisch Abweichungen von Richtpreisen feststellen, so dass sofort eine Untersuchung eingeleitet wird.

Die ZB hat eine Initiative eingeleitet, die von den lokalen Banken gutgeheissen wurde, durch die besondere Sparkonten (genannt "ba-

sische Konten") eingeführt werden, die sich von den normalen Sparkonten dadurch unterscheiden, dass eine unbegrenzte Zahl von Abhebungen im Monat vollzogen werden kann. Ausserdem können Schecks auf diese Konten deponiert werden, wobei die Inhaber derselben auch automatisch Scheckkarten erhalten und auch Zahlungen über E-mail durchführen können, ebenso wie automatische Belastungen von Steuern und öffentlichen Diensten, alles wie bei Girokonten. Die Banken werden für diese Konten nur eine Gebühr von \$ 8 bis \$ 15 pro Monat kassieren. Diese Sparkonten unterscheiden sich von den Girokonten dadurch, dass keine Schecks ausgestellt werden können, womit auch keine ungedeckten Schecks ausgegeben werden. Die ZB und die Banken hoffen mit diesen neuen Sparkonten Kunden anzuziehen, die bisher dem Bankensystem fern geblieben sind.

Die ZB hat durch Mitteilung A 4838 den Banken erlaubt, Treuhandfonds mit eigenen Mitteln zu bilden, die für die Finanzierung von Investitionen in öffentlichen Diensten und als "kritisch" bezeichneten Infrastrukturprojekten bestimmt sind. Zunächst soll die Banco Nación einen Fonds dieser Art bilden, für den die Bank \$ 5 bis \$ 10 Mrd. bestimmen würde. Auf diese Fonds brauchen die Banken keine Mindestreserven zu berechnen, so dass sie einen Vorteil erhalten. Nachdem das Schatzamt in letzter Zeit die Mittel für öffentliche Investitionen drastisch gekürzt hat, könnten jetzt bestimmte Objekte über diese Art Treuhandfonds finanziert werden. Die Banco Nación zählt über etwa \$ 30 Mrd. an Staatsdepositen, die sie jetzt zum Teil für diesen Zweck einsetzen würde. Auf diese werden Staatsausgaben vom Schatzamt nicht als solche gebucht, was somit zur kreativen Buchführung gehört.

Im August wurden nur 51 Konkurse gemeldet, wobei im Juli noch 64 Fälle verzeichnet wurden. Auch wurde nur noch 24 Mal ein gerichtlicher Vergleich eingeleitet, 15 Fälle weniger als im Monat zuvor. Trotz dieses Rückgangs lagen die Zahlen noch über dem Minimum dieses Jahres, das im März bei Konkursen und im Juni bei Vergleichen registriert wurde. Laut den Vorlagen beim Handelsgericht von Buenos Aires betragen die Passiven der Konkurse und Vergleichsverfahren \$ 272.836.

Die Gruppe Mathiesen, ein Konsortium europäischer Investoren mit Unternehmen in den Bereichen Erdöl, Nahrungsmittel, Chemie und Bau, hat das argentinische Labor Diagnóstico Veterinario gekauft. Das Labor produziert Tierimpfstoffe für Fische und gegen Maul- und Klauenseuche und hat einen Jahresumsatz von \$ 29 Mio.. Die chilenische Zentrale der Gruppe wird die Verantwortung für den lokalen Betrieb

des Labors übernehmen. Die Gruppe betreibt Anlagen in der gesamten Region. In Uruguay gehört ihr Química Oriental, das Produkte für die Lederindustrie herstellt. In Argentinien gehört ihr Alimat, die Nahrungsmittelzusätze herstellt.

Das Unternehmen Servicios Portuarios hat ein Projekt eingeleitet, um seine Lagerkapazität im Hafen von Rosario auf 4 Mio. t jährlich zu verdoppeln. In der kommenden Woche soll das Projekt offiziell der Provinzregierung vorgestellt werden.

Die Lehrer von Buenos Aires haben am Montag ihre Verhandlungen mit Erfolg beendet. Daniel Scioli bot ihnen eine Gehaltserhöhung von 17 % an, die rückwirkend ab August auf das Basisgehalt angerechnet wird. Jährlich wird das Kosten von \$ 700 Mio. verursachen. Das hofft die Regierung mit der letzten Besteuerung der Bruttoeinnahmen, die seit diesem Monat gelten, und dem speziellen Beitrag der Nation zu finanzieren.

Seit Dienstag gelten wieder die alten Regelungen für Kapitalanlagen aus dem Ausland. Am Anfang August wurde veranlasst, für 30 Tage die Sterilisierung während eines Jahres von 30 % aufzuheben.

Laut dem Beratungsunternehmen Ecolatina betragen die Darlehen an private Unternehmen nur 8,6 % des Bruttoinlandsproduktes. Darlehen finanzierten nur ein Drittel aller privaten produktiven Investitionen; am meisten wurde bei Investitionen auf eigene Ressourcen zurückgegriffen.

Durch Beschluss 299 des Wirtschaftsministeriums (Amtsblatt vom 01.09.08) wird der Milchpreis, der den Landwirten gezahlt wird, bis Ende September nicht erhöht. Die Regierung hat den Vertragsabschluss auf Ende des Monats verschoben. Der Milchpreis für die Produzenten wird bei 94 Cent pro Liter fixiert, während der Exportpreis für Milchpulver bei u\$ 3.116 pro t verbleibt. Die Landwirte fordern eine Erhöhung des Literpreises von zwischen 30 und 40 %.

Das staatliche, israelische Unternehmen, das die Wasserversorgung betreibt, wird das Projekt, den Bau und den Betrieb eines neuen Trinkwasserbetriebes in der Provinz Bue-nos Aires mit einem Kredit von u\$ 100. Mio. finanzieren. Der Betrieb soll zunächst die Trinkwasserversorgung von etwa 1 Mio. Bewohnern von La Plata und dem Großraum La Plata sicherstellen; außerdem wird er bestehende Systeme ersetzen, die schon seit mehr als 50 Jahren in Betrieb sind.

Im August wurden 50.300 Kfz angemeldet, gegenüber 58.416 im Juli und 54.288 im August des vergangenen Jahres. Insgesamt wurden

seit Januar dieses Jahres 447.325 Fahrzeuge angemeldet, 12,1 % mehr als in den ersten acht Monaten 2007.

Die Clarín Gruppe hat 25 % der Aktien von Pol-Ka gekauft. Durch seine Tochtergesellschaft Arte Radio-televisio Argentino S.A. hat die Gruppe die Aktien für u\$ 2,5 Mio. zusätzlich zu den 30 %, die sie schon hielten, gekauft; somit hält Clarín nun 55 % Aktienanteile. Pol-Ka ist ein 1994 von Adrián Suar und Fernando Blanco gegründetes Fernseh- und Kinoproduktionsunternehmen. Derzeit hat Pol-Ka mehr als 350 Angestellte in sieben Produktionsteams. Sie arbeiten täglich an mehreren Drehorten, haben sechs eigene Studios und sind der größte Produzent von Fiktion-Filmen Argentinien.

Profertil, Produzent von granuliertem Harnstoff, hat seit Mittwoch für alle Landwirte Argentiniens, die die Grundvoraussetzungen erfüllen, Produkte in seinen Abfertigungszentren in San Nicolás, Necochea und Bahía Blanca verfügbar. Der Verkaufspreis liegt bei u\$ 450 pro t plus Steuern, in Ladungen mit 30 t, bei Vorauszahlung.

Die privaten Krankenversicherungen werden ab Dezember ihre monatlichen Beiträge um bis zu 18 % erhöhen. Im Schnitt ist eine Beitragserhöhung um 15 % zu erwarten. Damit erfüllen sie den im vergangenen August mit dem Gesundheitsgremium verabschiedeten Plan.

Die zwei Stromzulieferer Edenor und Edesur werden Arbeiten an der Vergrößerung ihrer Lieferkapazität mit Mitteln der Kunden finanzieren. Laut Edenor wurde bisher die Erweiterung über die Tarife finanziert, doch jetzt habe sich die Revision (lies Erhöhung) der Tarife um fünf Jahre verschoben, so dass das Unternehmen diese Investitionen nicht mehr, wie bisher, mit eigenen Mitteln finanzieren kann. Pro Woche bekäme das Unternehmen 1.500 Gesuche für Belieferung. Oft seien das große Unternehmen, die man nicht einfach anschließen könne, ohne die Qualität im Rest des Gebietes zu beeinträchtigen. Ein neuer Country in Escobar (Norddelta II) und der Turm in Juan B. Justo und Nicaragua in der Hauptstadt brauchen z.B. 1.100 kW; die unterirdische Verlegung der Leitungen wird etwa \$ 1 Mio. kosten.

Wie verlautet, ist das Projekt über das Haushaltsgesetz für 2009, das unmittelbar dem Kongress zugeleitet wird, auf folgenden Grundlagen aufgebaut: 1. Bruttoinlandsprodukt: \$ 988 Mrd. 2. Zunahme des BIP: 4%; 3. Zunahme der Konsumentenpreise: 7,6%; 4. Primärer Überschuss: 3,3% des BIP; 5. Steuerdruck: 26,5% des BIP (ohne Provinzen und Gemeinden); 6. Durchschnittlicher Wechselkurs \$ 3,35 je Dollar; 7. Handelsbilanzüberschuss: u\$ 8 Mrd.; 8. Ausgabe von Staatspapieren zur Dek-

Hohe Steuereinnahmen im August

Die nationalen Steuereinnahmen im weiteren Sinn, einschliesslich Beiträgen zum sozialen System, Zöllen und Gebühren, lagen im August mit \$ 24,25 Mrd. um 35,7% über dem gleichen Vorjahresmonat und knapp unter dem Rekord vom Mai. In 8 Monaten betragen die Einnahmen \$ 175,91 Mrd., um 38,5% mehr als in der gleichen Vorjahresperiode. Für ganz 2008 rechnet die AFIP jetzt mit Einnahmen von \$ 275 Mrd., um \$ 41,5 Mrd. mehr als das Plansoll des Haushaltsgesetzes von \$ 233,5 Mrd. Diesen Überschuss kann die Regierung über den Kabinettschef verteilen, ohne das Parlament zu fragen.

Die Exportzölle verzeichnen mit \$ 3,91 Mrd. eine interanuelle Zunahme von 134,8%, was auf drei Faktoren zurückzuführen ist: 1. Höhere exportierte Mengen, wegen einer grösseren Ernte und der Liefersperre der Landwirte im 2. Quartal 2008, die im August zum Teil aufgeholt wurde; 2. Erhöhte Exportsteuersätze; 3. Höhere Weltmarktpreise.

Der Erlös der Gewinnsteuer stieg um 30,2% auf \$ 4,97 Mrd., also im Einklang mit der Zunahme des BIP zu laufenden Werten. Die MwSt. ergab netto 18,8% mehr, wobei jedoch der Erlös der direkt vom Steueramt eingenommenen MwSt., vor Abzügen, um 26,7% über dem Vorjahr und um 11,7% über Juli lag. Die Beiträge der Unternehmen zum Rentensystem stiegen um 37%, was die Lohnerhöhungen und gestiegene legale Beschäftigung zum Ausdruck bringt. Die Schecksteuer ergab mit \$ 1,74 Mrd. 28% mehr und andere Steuern lagen um 24% über dem Vorjahr.

kung von Schulden, die verfallen (ohne Schulden, die mit staatlichen Ämtern, wie die ANSeS und die AFIP bestehen, die erneuert werden): u\$ 10 Mrd.

Der Vertreter der Marsans-Gruppe, die die Mehrheit des Aktienkapitals von Aerolíneas Argentinas und Austral hält, Vicente Muñoz, erklärte vor den Senatskommissionen für Transport und Budget, dass das Abkommen, das mit der Regierung unterzeichnet worden sei, auch dann gilt, wenn es nicht durch Gesetz bestätigt wird. Es handle sich um einen Kaufvertrag, und wenn Marsans nicht mit dem Preis einverstanden sei, dann werde sie vor dem Weltbankschiedsgericht ICSID klagen. Das Abkommen sieht vor, dass der Wert der Unternehmen einerseits vom staatlichem Amt für Bewertungen ("tribunal de tasaciones") und dann von der Bank Credit Suisse festgesetzt wird; wenn sie nicht übereinstimmen, wird eine internationale Instanz mit dem Thema beauftragt. Muñoz erklärte, der spanische Staat habe u\$ 2,7 Mrd. für AA und Austral beigetragen. Er gab zu, dass die Unternehmen u\$ 890 Mio. schuldeten, wobei sie jedoch Aktiven in Höhe von u\$ 720 Mio. hätten. Das ergibt ein negatives Vermögen, so dass es keinen Preis geben würde. Abgesehen davon, ist nicht klar, worin das Vermögen besteht, sind doch fast alle Flugzeuge mit Leasing-Verträgen gemietet. Transportsekretär Ricardo Jaime hat sich im Senat gegen die Möglichkeit eines vom Richter verfügten Konkurses ausgesprochen. Gute Kenner des Konkursrechtes haben jedoch darauf hingewiesen, dass mit dem Konkurs das Problem der Ansprüche der Aktionäre und Gläubiger juristisch gelöst wird, wobei der Richter die Weiterführung des Betriebes verfügen

kann. Eine Enteignung steht hingegen juristisch auf schwachen Füßen, und gibt Marsans die Möglichkeit, eine Klage beim ICSID einzureichen.

Das Staatsunternehmen "Agua y Saneamientos Argentinos" (AySA), das die Nachfolge der privaten "Agua y Saneamientos Argentinos S.A." angetreten hat, nachdem der Konzessionsvertrag einseitig und unrechtmässig von der Regierung aufgehoben wurde, hat eine grosse Kläranlage am Paraná de las Palmas vorgesehen, deren Bau in Kürze den Unternehmen Odebrecht (Brasilien), Roggio, Cartellone Construcciones Civiles und Superce-mento zugeteilt werden soll. Eine weitere Anlage, die für die Behandlung von Abwässern bestimmt ist und im südlichen Vorort Bernal errichtet werden soll, soll Camargo Correa (Brasilien, Besitzer von Loma Negra) und Esuco (von Enrique Wagner, Präsident der Bautenkammer) zugeteilt werden. Beide Investitionen umfassen \$ 2,6 Mrd. Über die Finanzierung wurde nichts bekanntgegeben.

Die deutsche Firma Heimbach Filtration, die sich auf industrielle Filter spezialisiert, hat 80% der lokalen Firma Filtman (die der Familien Wilensky gehört), mit Fabrik im Vorort San Martín, für u\$ 4,5 Mio. gekauft. Das deutsche Unternehmen, mit einem weltweiten Jahresumsatz von u\$ 250 Mio. und Fabriken in Deutschland, Schweden und China, will von Argentinien aus den Mercosur versorgen. Filtman wurde 1985 gegründet, und hat in den letzten Jahren stark expandiert, mit einer Verdoppelung der Kapazität auf dem Textilbereich und einer Vervierfachung auf dem metallurgischen. Die Fabrik erzeugt auch zahlreiche Typen von Filtern für die Industrie.

Massnahmen für die Industrie

Die Präsidentin Cristina Kirchner kündigte am Dienstag, zusammen mit der vollen Barzahlung der Schuld an die Staaten des Pariser Klubs, folgende Massnahmen an, die die lokalen Industrieunternehmen begünstigen sollen:

- Die Fristen beim Verfahren über die Einführung von Massnahmen zum Schutz vor Dumping werden verkürzt. Diese Bestimmungen werden rückwirkend angewendet, also auch auf die 42 laufenden Verfahren, von denen 50% auf Importe aus China und der Rest auf andere asiatische Staaten, Brasilien und die EU entfallen. Im Grunde geht es jedoch nicht nur um die Fristen, sondern um eine strengere Anwendung der Antidumpingmassnahmen, im Sinne, dass im Zweifelsfall für die lokale Industrie entschieden wird. Die Massnahmen beziehen sich auf zusätzliche Zölle, auf Mindestwerte, auf die die Zölle berechnet werden (unabhängig der angegebenen Werte), und eventuell Kontingente. In letzter Zeit wird zunehmend zur Kontingentierung gegriffen. Das Problem ist aktuell geworden, weil der Wechselkurs gegenüber dem Dollar stark hinter der internen Kostenzunahme zurückgeblieben ist, so dass der natürliche Schutz des hohen Wechselkurses nicht mehr besteht.

- Nächsten Montag soll ein Abkommen mit der brasilianischen Entwicklungsbank (Banco Nacional de Desarrollo, BNDes) unterzeichnet werden, durch das diese sich verpflichtet, argentinische Exporte, sowohl nach Brasilien wie nach anderen Bestimmungen, bis zu u\$ 200 Mio. zu finanzieren. Im Wesen soll dies ein Anreiz für brasilianische Unternehmen schaffen, um mehr in Argentinien zu kaufen, statt in Ländern ausserhalb des Mercosur, um auf diese Weise das starke Ungleichgewicht der bilaterale Handelsbilanz zu Gunsten Brasiliens zu korrigieren.

- Die Banco Nación hat eine Abteilung geschaffen, die sich ausschliesslich mit kleinen und mittleren Unternehmen (pymes) befasst wird. Für Kredite an diese Firmen hat die Bank \$ 1,5 Mrd bestimmt, von denen \$ 650 Mio. schon zugeteilt worden sind, die Hälfte davon jedoch an Betriebe der Landwirtschaft.

Die brasilianische Gafor beachtlich, im Oktober ihre neue Anlage in Campana in Betrieb zu nehmen, die Lösungsmittel u.a. chemische Produkte in Behälter einfüllt und vertreibt. Es handelt sich um eine Investition von \$ 15,3 Mio.. Die Anlage bedeckt 5.000 qm. und hat eine Kapazität für die Lagerung von 750 cbm Lösungsmittel. Die Gafor-Gruppe zählt über 2.600 Lastwagen für den Vertrieb ihrer Produkte in Brasilien und jetzt auch in Argentinien. Für den Vertrieb von Lösungsmittel hat sie die offizielle Vertretung von Exxon Mobil im Mercosur.

Der Konflikt der Gewerkschaft der Lastwagenfahrer mit den Exporteuren von Getreide und Ölsaaten nimmt zu. Nachdem die Gewerkschaft in der Vorwoche den Export über die Häfen von San Lorenzo und Ramallo (am Paraná-Fluss) verhindert hat, hat sie dieses Vorgehen letzte Woche auf Bahía Blanca und Quequén ausgedehnt. Die Störung der Exporte ist erheblich. Die Gewerkschaft fordert, dass die Exportunternehmen (Bunge, Nidera, Cargill, Deheza, Molinos Rio de la Plata u.a.) die Lastwagenchauffeure als eigene Angestellte anerkennen. Diese Chauffeure sind jedoch von den Lastwagenunternehmen angestellt, so dass sich der Protest (bei dem es angeblich um die Legalisierung von Schwarzarbeitern geht) gegen diese richten muss. Ab-

gesehen davon ist das Vorgehen von Hugo Moyano, Leiter der Gewerkschaft und auch der Gewerkschaftszentrale CGT, illegal.

Die Berufungskammern von Córdoba haben in einer Plenarsitzung das Ausbleiben der Inflationsberichterstattung der Bilanzen zwecks Ermittlung der Besteuerungsgrundlage der Gewinnsteuer als verfassungswidrig erklärt. U.a. wurde darauf hingewiesen, dass der Staat mit dem CER-Koeffizienten eine Inflationsberichterstattung eingeführt habe. Das Urteil bezeichnet die Haltung der Regierung als unvernünftig und weist darauf hin, dass die Inflation nicht zu leugnen sei, wobei ohne Berücksichtigung derselben bei den Bilanzen, die Prinzipien der Zahlungsfähigkeit und des Verbotes der Konfiskation verletzt werden. Schliesslich wird der Oberste Gerichtshof über den Fall entscheiden müssen.

Der Verband der lokalen Kfz-Fabrikanten teilt mit, dass im August 58.077 Einheiten erzeugt worden seien, 8,5% mehr als im gleichen Vorjahresmonat und 6,6% weniger als im Juli 2008. Die Lieferungen an die Agenturen lagen mit 53.981 Kfz. um 11% über dem Vorjahr und 1,5% unter Juli 2008. Die Agenturen weisen jedoch auf einen stärkeren Rückgang der Endverkäufe hin, was zu Rabatten zwingt. Die Exporte nahmen im August um 8% ge-

genüber dem Vorjahr und um 17,2% gegenüber Juli ab. In 8 Monaten 2008 wurden 406.602 Einheiten erzeugt (plus 23,4% gegenüber dem Vorjahr), 439.294 Einheiten an die Agenturen geliefert (Plus 19,1%) und 229.253 Kfz exportiert (plus 24,2%). Angenommen die Lagerbestände haben sich nicht verändert, haben die Importe in 8 Monaten 261.945 Einheiten ausgemacht und einen Anteil von fast 60% an den lokalen Lieferungen gehabt. Dies schliesst jedoch Importe von Marken aus, die nicht durch die lokalen Fabrikanten vertreten sind.

Durch Dekret 1414/08 (Amtsblatt vom 4.9.08) wurde das Projekt über den Bau eines Eisenbahntunnels von Mendoza (oberhalb von "Puente del Inca") nach Chile (bei "Juncal"), das ein Konzern als Privatinitiative vorgelegt hat, der von Eduardo Eurnekian geleitet wird, als "von öffentlichem Interesse" erklärt. Nachdem die chilenische Regierung schon in diesem Sinn vorangegangen war, fehlt jetzt die formelle Genehmigung beider Staaten, damit mit der Durchführung des Projektes begonnen werden kann. Es handelt sich um eine Investition von u\$ 3 Mrd. Der Tunnel soll auf 2.500 Meter Höhe liegen (viel tiefer als der bestehende) und 43 bis 45 km lang sein. Der Warentransport über die Kordillere soll dabei von gegenwärtig 5 Mio. Tonnen auf 50. Mio Tonnen erhöht werden.

Merial, das zweitgrösste Unternehmen des Landes für tierische Sanität, ein Joint Venture von Merial und Sanofi-Aventis, hat die lokale Romange für angeblich u\$ 2 Mio. übernommen, die sich auf Produkte für die Sanität von Milchkühen spezialisiert.

Der Vorsitzende des Pariser Klubs, der Franzose Xavier Musca, wies darauf hin, dass die Schuld Argentiniens gegenüber dem Pariser Klub bis zu u\$ 7,9 Mrd. ansteigen könne, wenn man Schulden hinzuzähle, die noch nicht verfallen sind. Das Wirtschaftsministerium hatte hingegen ermittelt, dass von u\$ 6,7 Mrd., die die Präsidentin Cristina Kirchner angegeben hatte, 70% aus verfallenen Schulden bestehe und 30% aus nicht verfallenen. Der Staatssekretär für Finanzen, Hernán Lorenzo, hat inzwischen schon Kontakte mit Beamten der Gläubigerstaaten aufgenommen, um den genauen Betrag der Schuld gegenüber jedem Staat zu bestimmen. Es ist möglich, dass auch Differenzen wegen Bussen bestehen, die automatisch bei verspäteten Zahlungen verhängt werden, und die die argentinische Regierung kaum anerkennen dürfte.

Nachdem in der Vorwoche hohe US-Beamte des Staatsdepartements Kritik an Argentinien geübt hatten, weil der Staat eine Klage beim Weltbankschiedsgericht ICSID verloren, jedoch nicht gezahlt hatte, antwortete Schatzanwalt Osvaldo Guglielmino, dass Argentinien

MAXINTA
45
años

Flyer
Lufthansa
City Center
(Zona Norte)
Leg. 213 Res.04447

Av. Fondo de la Legua 425
(B1609JEE) San Isidro
Tel.: (54 11) 4512-8100
E-mail: info@flyer.com.ar
www.flyer-de.de

nur zahlen werde, wenn ein Urteil in diesem Sinn von einem argentinischen Gericht bestehe. Er verweist dabei auf das ICSID-Reglement, das einen Prozessweg für die Erfüllung des Urteils im angeklagten Land vorsieht. Ob das argentinische Gericht dabei den ganzen Fall von neuem behandelt oder nur über die Ausführung des ICSID-Urteils entscheidet, ist nicht klar.

Der Holding Pampa Energía (geleitet von Marcelo Mindlin) hat über die Tochtergesellschaft "Central Térmica Loma de la Lata" Obligationen in Höhe von u\$ 178 Mio. bei den Rentenkassen (AFJP) untergebracht. Die Titel verfallen 2015 und werden zu 11,25% verzinst, mit 60 Monaten Karenzfrist für die Amortisation des Kapitals. Die Mittel werden verwendet, um das Kraftwerk in Neuquén von 370 MW durch Zusatz eines kombinierten Zyklus um 180 MW zu erhöhen. Die Rentenfonds müssen einen Teil ihrer Mittel in Infrastrukturprojekten investieren, was in diesem Fall geschehen ist.

Durch Dekret 1394/08 /Amtsblatt vom 3.9.08) wurde die vollständige Zahlung der Schuld gegenüber dem Pariser Klub mit frei verfügbaren Reserven der ZB verfügt, die den Prozentsatz überschreiten, der im Artikel 4 des Gesetzes 23.928 und seiner Änderungen bestimmt wird. Der Artikel sieht vor, dass die Reserven der ZB die monetäre Basis zu 100% decken müssen. Diese Bedingung wird auch nach der Zahlung erfüllt. Das Dekret weist in der Erklärung darauf hin, dass die Schulden mit den Staaten des Pariser Klubs zum letzten Mal 1991/92 umgeschuldet wurden, wobei die Schuld zum 10.12.83 konsolidiert wurde. Seit Dezember 2001 befindet sich diese Schuld im Defaultzustand.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Zahlung der Schuld mit dem Pariser Klub

Am Dienstag kündigte Präsidentin Cristina Kirchner im weissen Saal des Regierungsgebäudes vor zahlreichen Unternehmern, besonders der Industrie (da der 2. September als Tag der Industrie gefeiert wird) überraschend an, dass der argentinische Staat die Schuld gegenüber den Staaten des sogenannten Pariser Klubs von u\$ 6,7 Mrd. in bar, mit Reserven der ZB, zahlen werde, wie es schon bei der Zahlung der Schuld mit dem IWF geschehen ist. Formell liegt der Fall dabei so, dass das Schatzamt der ZB einen Schuldschein übergibt, der in der ZB-Bilanz die Reserven ersetzt, die für diese Zahlung eingesetzt worden sind. Im Wesen finanziert die ZB das Schatzamt, wie in früheren Zeiten. Einzelheiten über Zusammensetzung und Ursprung der Schuld wurden nicht bekanntgegeben.

Es ist positiv, dass das Problem gelöst worden ist. Jetzt können die verschiedenen Institute, die das politische Risiko bei Krediten für Investitionen versichern (Hermes in Deutschland, Coface in Frankreich u.a.) wieder diese Versicherungen für Argentinien erteilen. Ohne dies waren die Banken gehemmt, langfristige Kredite zu niedrigen Zinsen für Kapitalgüterlieferungen zu erteilen. Argentinische Unternehmen, und auch der Staat, hätten somit bar zahlen müssen, was meistens nicht möglich war. Multinationale Unternehmen konnten das Problem eventuell mit Garantien im Ausland lösen, und hatten somit einen Konkurrenzvorteil.

Es ist anzunehmen, dass jetzt Maschinen und Anlagen in Auftrag gegeben werden, um die lokale Industrie, ebenfalls Kraftwerke u.a. Objekte, zu erweitern und zu modernisieren. Indessen muss bemerkt werden, dass die genannten Institute nur das politische Risiko versichern. Das rein kommerzielle entfällt auf die Lieferanten und die Banken. Da allgemein, und aus guten Gründen, Misstrauen in Argentinien und seine Unternehmen besteht, dürfte es wohl eine Auslese bei den Unternehmen geben, die Kredite erhalten. Wie weit der Staat jetzt auch Kre-

dite erhält, für Kraftwerke u.a. Objekte (wie der Hochgeschwindigkeitszug), sei dahingestellt. Dies wäre eine indirekte Form der Schuldzahlung, da dann die Amortisation bestehender Schulden mit neuer Verschuldung teilweise ausgeglichen würde.

Diese mittel- und langfristigen Kredite haben eine positive Wirkung auf die Zahlungsbilanz. Sie gleichen Kapitalflucht, Rückzahlung von Krediten und von Kapital ganz oder zum Teil aus, und verbessern die Zahlungsbilanz, was schliesslich in einer Zunahme der Devisenreserven der ZB zum Ausdruck kommt. Da die Handelsbilanz stark positiv ist (mit schätzungsweise u\$ 10 Mrd. dieses Jahr und etwas weniger im nächsten), ist es möglich, dass die Verringerung der Reserven, die jetzt eintritt, in Kürze wieder aufgeholt wird, wie es bei der Zahlung an den IWF der Fall war.

Gewiss war es vernünftiger, die Schuld an die Staaten des Pariser Klubs zu zahlen, als das Problem in der Schwebe zu lassen. Das haben wir an dieser Stelle mehrmals gesagt. Doch viel besser wäre es gewesen, in Raten auf mehrere Jahre, mit niedrigen Zinsen, zu zahlen, wie es der Pariser Klub angeboten hatte. Dabei hätte Argentinien jedoch einwilligen müssen, dass der IWF die Staatsfinanzen kontrolliert, und dieser hätte eine Regelung der Schuld mit den Holdouts gefordert. Und das will die argentinische Regierung (vorläufig?) auf keinen Fall. Logischerweise sollten die Reserven zunächst dann eingesetzt werden, wenn die Alternative eine Verschuldung zu hohen Zinsen ist, wie es bei der jüngsten Unterbringung von Bonds in Venezuela der Fall war. Denn diese besonders teure Verschuldung war ein verheerendes Signal. Aber die Regierung macht es seit Jahren umgekehrt, indem billige Kredite vorzeitig zurückgezahlt, oder im Fall der Weltbank nicht durch neue ersetzt werden, während gleichzeitig Bonds zu hohen Zinsen untergebracht werden.

Gefährdete Landwirtschaft

Argentinien hat eine sehr leistungsfähige Landwirtschaft. Die Natur bietet äusserst günstige Bedingungen in weiten Gegenden des Landes und weniger günstige in anderen, die sich jedoch auch für Landwirtschaft eignen. Die technologischen Neuerungen der letzten Jahrzehnte und ein Wandel bei den Landwirten, mit neuen Generationen von gut ausgebildeten, modern denkenden und dynamischen Unternehmern, und der Verpflichtung zahlreicher Fachleute, haben zu einer wahren produktiven Explosion geführt. Unter Menem wurde das Transportsystem verbessert (durch Privatisierung der Frachteisbahnen, Deregulierung der Lastwagen und Verbesserung der Überlandstrassen, besonders durch Vergabe in Konzession), die Häfen durch Deregulierung und Privatisierung unverhältnismässig effizienter und billiger gestaltet, und auch der Zugang zu Landmaschinen, Düngemitteln u.a. Chemikalien durch eine starke Senkung der Zölle und hohe Investitionen erleichtert. Gleichzeitig kam die technologische Revolution, mit genetisch verändertem Saatgut, die besonders bei Sojabohne eine phänomenale Wirkung

gehabt hat.

Hinzu ist in den letzten Jahren noch die weltweite Hausse von Getreide, Ölsaaten, Rindfleisch, Milchprodukten u.a. landwirtschaftlichen Produkten gekommen, die eine einzigartige Chance bietet, um die Produktion weiter zu erhöhen. Selbst wenn die Preise wieder zurückgehen, sind Experten der Meinung, dass sie im historischen Vergleich weiter hoch bleiben werden.

Als bei Getreide und Ölsaaten in den 80er Jahren eine Ernte von 60 Mio. t anvisiert wurde, über 50% mehr als die damaligen Ernten, klang das für viele unrealistisch. Jetzt sind es 97 Mio. t, und es werden von Fachleuten 150 Mio. in Aussicht gestellt, die selbst die Präsidentin vor einigen Wochen bei einer FAO-Konferenz in Rom erwähnt hat. Auch Landwirtschaftssekretär Cheppi hatte dieses Ziel vorher als Präsident des Forschungsinstitutes INTA als konkrete Möglichkeit aufgestellt. Er sollte somit wissen, was diesbezüglich Landwirtschaftspolitik beinhaltet. Bei der Rindfleischproduktion und der Milchproduktion ist ebenfalls eine Erhöhung um gut 50% möglich. Argentinien ist bei der Landwirtschaft noch lan-

ge nicht an die Kapazitätsgrenze herangekommen.

Es wäre wirklich schade, wenn diese Chance nicht genutzt wird. Argentinien hat schon einmal, in der unmittelbaren Nachkriegszeit, eine ähnliche Konstellation verpasst. Damals war Perón von einem unmittelbaren dritten Weltkrieg überzeugt, und in diesem Sinn steuerte er bei der Wirtschaftspolitik auf Selbstversorgung, forcierte Industrialisierung und Abschottung von der Welt zu. Die Landwirtschaft wurde vernachlässigt und die Produktion ging zurück. Die gute Weltkonjunktur, mit einer Welt in der Nahrungsmittel fehlten und die Preise hoch waren, ging an Argentinien vorbei. Eine weitere schlimme Folge dieser Einstellung war die, dass Europa die landwirtschaftliche Produktion künstlich förderte und den Zugang ausländischer Lieferanten, darunter Argentinien, sperrte. Die argentinische Regierung hat sich damals über den aufkommenden europäischen Hyperprotektionismus überhaupt nicht gekümmert, und die Dinge einfach geschehen lassen. Wird die Regierung jetzt den gleichen Fehler, die landwirtschaftliche Produktion zu ver-

nachlässigen, mutatis mutandi, zum zweiten Mal begehen?

Bei Getreide und Ölsaaten bestehen zunehmende Sorgen, die zum Teil durch die Rekordernte 2007/08 verdeckt werden, die noch zum grossen Teil nicht exportiert worden ist, und dabei allerlei Hindernisse überwinden muss, die die Regierung schafft, die offensichtlich kein Konzept der Landwirtschaftspolitik hat, und sich nur um niedrige Preise auf dem Binnenmarkt bemüht. Das kann man jedoch auch für Grundnahrungsmittel erreichen, ohne die Produktion zu behindern. Man muss sich nur etwas anstrengen und die ganze Problematik gründlich durchdenken, eventuell auch mit "lateralem Denken", also Seiteneinstiegen und neuen Formulierungen für alte Probleme. In dieser Hinsicht scheint jedoch die gegenwärtige Regierungsmannschaft geistig überfordert zu sein. Und sie lässt sich auch nicht helfen.

Inzwischen ist eine akute Dürre eingetreten, laut "La Nación" die schlimmste der letzten 20 Jahre, mit Schwerpunkten im Norden von Santa Fé, Chaco, Corrientes, dem Nordosten von Córdoba, Teilen von Santiago del Estero, dem Süden von Buenos Aires, La Pam-

pa und Rio Negro. Der Schaden ist gross und reicht schon an die Milliarde Pesos, mit etwa 700.000 gestorbenen Rindern. Die Weizenaussaat ist schon von 5,8 Mio. Ha letztes Jahr auf 4,5 Mio. Ha in diesem zurückgegangen, wobei eventuell noch ein Teil aufgegeben wird; es wird eine Ernte von bestenfalls 11 Mio. t erwartet, gegen über 15 Mio. in diesem Jahr. Bei Mais wird mit einem Rückgang von bis zu 15% gerechnet, und wenn es nicht bald regnet, eventuell sogar mehr. Auch um Sonnenblume, Sorghum, Gerste und Roggen ist es nicht gut bestellt. Allein, die Konsequenzen der Dürre sind jetzt geringer als in früheren Zeiten, weil sich die direkte Aussaat durchgesetzt hat, die die Bodenfeuchtigkeit erhält und die Aussaat auch auf Böden erlaubt, die früher bei Trockenheit nicht gepflügt werden konnten. Ebenfalls kann jetzt der "mexikanische Weizen" (entwickelt vom Nobelpreisträger Norman Borlaugh für trockene Gegenden in Mexiko) verwendet werden.

Indessen besteht noch eine Rettungsmöglichkeit durch Sojabohne, die nach den anderen Kulturen, eventuell bis Dezember, gesät wird. Dabei besteht auch der Vorteil, dass bis dahin der grösste Teil der bestehenden Ernte exportiert worden ist, so dass die Landwirte über Mittel für die Finanzierung der neuen Aussaat verfügen. Denn die Verspätung des Verkaufs, die dieses Jahre wegen des Konfliktes eingetreten ist, schafft zunächst ein finanzielles Problem, umso mehr als der

Bankkredit knapp und teuer geworden ist.

Die Andenkordillere ist dieses Jahr mit viel Schnee bedeckt, was Regen im Frühling in weiten Gegenden des Landes verheisst, wenn der Wind, der vom Pazifik kommt, die Schneefeuchtigkeit aufnimmt. Ebenfalls sind die Stauseen des sogenannten Comahue (in der Vorkordillere von Rio Negro und Neuquén) im Gegensatz zum Vorjahr wieder mit Wasser gefüllt, was mehr Verdunstung mit sich bringt, die sich dann in Regenfällen in Rio Negro und La Pampa niederschlägt.

Somit kann Sojabohne womöglich auch dort gepflanzt werden, wo kein Weizen und kein Mais gesät wurde. Es klingt wie ein Witz, dass ausgerechnet Sojabohne jetzt als grosser Retter auftritt, gegen die die Präsidentin Cristina Kirchner gewettert hat, weil deren Expansion nach ihrer Sicht Schuld am Rückgang der Rinder- und Milchwirtschaft sei, und sie sie als einfaches "Kraut" (wollte sie sagen Unkraut?) bezeichnet hat. Die Sojabohnenernte kann, wenn nicht besonders ungünstige Umstände eintreten, von 47 Mio. t in diesem Jahr auf gut 52 Mio. im nächsten steigen, wobei die Tonne Sojabohne viel mehr Wert ist als die von Weizen und Mais. Wie weit Sojabohne die geringere Ernte bei Getreide und Ölsaaten im allgemeinen in Mengen ausgleicht, sei dahingestellt; aber wertmässig sollte dies gut der Fall sein.

Das Hauptproblem der Landwirtschaft besteht jedoch bei der Rinderzucht und der Milchpro-

duktion. Und hier geht es um weit mehr als um die Dürre, obwohl diese auch in diesen Fällen verheerende Folgen hat, besonders wenn sie im Frühling andauert, wenn die Kühe sich von den Geburten erholen müssen und mehr Futter benötigen. Es werden weiter viel mehr Kühe geschlachtet, als eine Erhaltung des Bestandes ertragen kann, und es werden weitere Milchbetriebe am laufenden Band geschlossen, bei denen viel investiertes Kapital und viel "know how" verloren gehen, meistens definitiv. Es geht in beiden Fällen grundsätzlich darum, dass die Preise zu niedrig sind. Doch der internationale Preis, sowohl für Rindfleisch wie für Trockenmilch, Käse u.a. Milchprodukte, ist so stark gestiegen, dass eine Lösung einfach ist, auf der Grundlage, dass der Exportzoll (bei einem tragbaren Ausmass) eine Subvention für bestimmte Produkte finanziert, die lokal am meisten konsumiert werden.

Abgesehen davon ist es höchste Zeit, dass auch ein Konzept der Ernährungspolitik entwickelt wird, bei dem Rindfleisch zum Teil durch Geflügel, Schweine- und Schaffleisch und auch durch Pizza und Sojabohne ersetzt wird. Was die Schweineproduktion betrifft, so sind im letzten Jahrzehnt mehrere grosse moderne Produzenten aufgetreten, die dank hoher Investitionen und Verwendung moderner Technologie stark expandieren, so dass man mit einem steigenden Angebot, bei qualitativer Verbesserung der Produktion, und auch mit mehr Konsum

Eröffnung am Tag der Deutschen Einheit:

www.allesdeutsch.com.ar

...für alle, die es deutsch mögen.

rechnen kann. Aber bei den Schafzüchtern ist der Übergang von Schafen für Wollproduktion auf solche für Fleischproduktion (die weniger Wolle haben, weil sie sich mit ihrem Fleisch und Fett vor der Kälte schützen) kaum bemerkbar. Und die Regierung kümmert sich auch nicht um den Fall.

Es ist ein Jammer, dass diese Regierung, besonders in der Person von Néstor Kirchner, der die wichtigen Entscheidungen trifft, die Landwirte als Feinde betrachtet. Der neue Landwirtschaftssekretär Carlos Cheppi hat sich als eine Niete entpuppt. Auch er wagt es nicht (wie sein Vorgänger Javier de Urquiza), mit den Vertretern der Verbände über Landwirtschaftspolitik offen zu sprechen und eine echte Diskussion einzuleiten, unterstellt sich gehorsam dem Binnenhandelssekretär Guillermo Moreno, und trifft keine wesentlichen Entscheidungen. Kein Wunder, dass die Landwirte murren und rebellieren. Sie meinen, das Problem sei bei Weitem nicht mit der Ausserkraftsetzung des Beschlusses 125 über bewegliche Exportzölle gelöst. Und sie haben recht. Wie weit sich die Ereignisse wiederholen, die in vielen Gegenden des Landes zwischen März und Juli stattgefunden haben, sei vorerst dahingestellt.



The Chemical Company